

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/01/2025

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses am 20.01.2025,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil 19:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil 22:27 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Levenhagen

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi

i.V.f. Dr. Buchholz

Herr Peter Egan

Herr Stefan Gertz

Frau Nadine Levenhagen

Herr Béla Randschau

Herr Wolfdietrich Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Ursula Ebert

Herr Arthur Klaus Korte

Herr Stephan Lamprecht

Frau Susanne Lohmann

ab 20:55 Uhr
Bürgervorsteher

Herr Benjamin Stukenberg

Seniorenbeirat

Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

Seniorenbeirat

Herr Helmut Frank

Seniorenbeirat

Herr Wolfgang Zimmermann

Frau Jule Niehus

KiJuB; bis 22.00 Uhr

Frau Emma Bley

KiJuB; bis 22.00 Uhr

Sonstige, Gäste

Herr Florian Stephani

Gemeindewehrführer

Herr Michael Mey

FFW

Herr Konstantin Pfnister

FFW

Verwaltung

Herr Eckart Boege

Bürgermeister

Herr Marcel Grindel

FBL I

Frau Tanja Eicher

FBL III

Herr Matthias Bollmann

Personalrat

Frau Jasna Makdissi

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Annie Stockdreher
Herr Fabian Dorow
Herr Tobias Trowski
Frau Juliane Ahlers
Frau Anna-Malva Hensel
Herr Jonas Blum
Frau Peggy Ehrig

Gesundheitsmanagerin
Stabsstelle
I.3
I.6
IV.4
II.2.4
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Dr. Bernd Buchholz

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwohnerfragestunde
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/12/2024 vom 16.12.2024
8. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 8.2.1. Allgemeiner Bericht
 - 8.2.2. Überlastungsanzeigen
 - 8.2.3. Projekt DMS
 - 8.2.4. Prüfung eines Verwendungsnachweises
 - 8.2.5. Besetzung des Seniorenbeirates
 - 8.2.6. Stadtfest und weitere Veranstaltungen 2025
 - 8.2.7. neuer Standardtagesordnungspunkt für die Ausschüsse
9. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2025
10. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO für die Beschaffung eines TLF 3000 auf dem PSK 12600.0900002-609 für das Haushaltsjahr 2024 (!) **2025/001**
11. Statusbericht Produkt 12800, „Zivil-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz“ **2025/002**

12. Anregung aus der Einwohnerversammlung / hier: Verbleib der Feuerwehr Ahrensfelde im Dorfgebiet
13. Vorstellung des Gesundheitsmanagements
14. Organisations- und Stellenangelegenheit - Einrichtung Stabsstelle Digitalisierung **2024/110**
15. Förderung der Städtepartnerschaften - Benennung der Beauftragten **2024/087**
16. Fundtiervergütung für den Tierschutz Ahrensburg-Großhansdorf e. V. **2024/114**
17. Erlass der Haushaltssatzung 2025 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2025 **2024/085**
18. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 **2024/105**
19. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Levenhagen von der CDU-Fraktion, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr und die Mitglieder des Seniorenbeirates sowie des Kinder- und Jugendbeirates.

Er eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Das Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion wird von Herrn Bellizzi von der FDP-Fraktion vertreten.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Gemäß § 35 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 8 Abs. 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg werden folgende Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung bekanntgegeben:

Vorlage 2024/113 Personalangelegenheit / Besetzung der Stelle
Fachbereichsleitung IV – Stadtplanung/Bauen/Umwelt

Der Hauptausschuss hat gemäß § 7 Abs. 8 der Hauptsatzung für die Stadt Ahrensburg dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Stelle der Fachbereichsleitung – Stadtplanung / Bauen / Umwelt (FBL IV) zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit Herrn Tobias Römer zu besetzen, einstimmig zugestimmt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 15 „Förderung der Städtepartnerschaften - Benennung der Beauftragten“. Er gibt an, dass eine abschließende Beratung der Fraktionen noch nicht möglich war und man sich hierzu nochmal zusammensetzen und beraten wolle.

Vorsitzender Levenhagen erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 6 „Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024“ abzusetzen ist, weil diese Niederschrift bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2024 genehmigt wurde.

Er schlägt weiterhin vor, den Tagesordnungspunkt 11 „Statusbericht Produkt 12800, „Zivil-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz“ abzusetzen, weil die Vorlage nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung der Tagesordnungspunkte 6 „Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024“, 11 „Statusbericht Produkt 12800, „Zivil-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz“ und 15 „Förderung der Städtepartnerschaften - Benennung der Beauftragten“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege beantragt die Ergänzung der Tagesordnung um den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheit“.

Der Vorsitzende lässt über die Ergänzung der Tagesordnung um den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt „Personalangelegenheit“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Ausschussmitglieder stimmen überein über die Tagesordnungspunkte 17 „Erlass der Haushaltssatzung 2025 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2025“ und 18 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025“ nur zu beraten und nicht zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Vorsitzender Levenhagen lässt über die Zulassung als sachverständige Bürger gemäß § 16c Abs. 2 i.V.m. § 46 Abs. 12 der Gemeindeordnung (GO) für Herrn Stephani zum Tagesordnungspunkt 10 „Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO für die Beschaffung eines TLF 3000 auf dem PSK 12600.0900002-609 für das Haushaltsjahr 2024 (!)“ und Herrn Körner zum Tagesordnungspunkt 12 „Anregung aus der Einwohnerversammlung / hier: Verbleib der Feuerwehr Ahrensfelde im Dorfgebiet“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Vorsitzender Levenhagen lässt über die Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte 20 „Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters“ und 21 „Personalangelegenheit“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 07.01.2025 versandten Tagesordnung inklusive der oben stehenden Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwohnerfragestunde

Herr Fleischer merkt an, dass er sich die Toiletten im Rathauspavillon angesehen habe und diese seien in keinem zeitgemäßen Zustand.

Er weist auf einen Bericht aus dem Umweltausschuss vom 08.05.2024 zu Top 9.6 hin. Hiernach befindet sich die gesamte Anlage in einem nicht mehr zeitgemäßen Zustand, welcher von den Marktbetreibenden mehrfach moniert wurde. Daraufhin sollte die Verwaltung alternative Möglichkeiten prüfen.

Im Protokoll des Umweltausschusses vom 08.05.2024 sei darauf hingewiesen worden, dass ein entsprechender Bericht zuständigkeitshalber in einer der kommenden Sitzungen des Hauptausschusses erfolgen solle.

Herr Fleischer fragt, wann mit dem Bericht zu rechnen ist.

Bürgermeister Boege weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass seit der Privatisierung Herr Fümel für die Unterhaltung der Toiletten zuständig sei, insbesondere für die Sauberhaltung und Schönheitsreparaturen.

Herr Fleischer gibt den Hinweis, dass auf dem Internetauftritt der Stadt Ahrensburg ein veraltetes Organigramm hinterlegt sei.

Bürgermeister Boege bedankt sich für den Hinweis und sagt zu, dass das Organigramm entsprechend aktualisiert wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Organigramm wurde aktualisiert.

Herr Fleischer fragt nach den Ergebnissen der Ausschreibungen für den TFL3000 und bittet um Erläuterung, warum bis zu 103.000€ mehr veranschlagt werden und stellt weitere Verständnisfragen.

Bürgermeister Boege antwortet, dass man sich bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen zu den Fahrzeugen geäußert habe und es nicht in der Hand der Stadt läge, was die Händler anbieten. Er erläutert, dass die Auswahl noch nicht final getroffen wurde, sodass zum Zeitpunkt dieser Sitzung keine verbindliche Aussage über die tatsächliche Zuschlagserteilung und die dadurch entstehenden Mehrkosten getroffen werden kann. Aus diesem Grund erfolgt der Zusatz „bis zu“ im Beschlussvorschlag.

Zudem wird erläutert, dass das Fahrgestell kein Standard sei, sondern für die Vegetationsbrandbekämpfung geeignet sein muss und die Kosten daher nicht mit anderen TFL3000 verglichen werden könnten.

Herr Fleischer fragt, ob die Bewerber für die Benennung der Städtepartnerschaftsbeauftragten alle spanisch sprechen können.

Bürgermeister Boege antwortet, dass alle Bewerber, zumindest in Teilen, spanisch sprechen könnten. Zusätzlich sei i.d.R. eine Übersetzerin bei den Treffen mit den Städtepartnern anwesend.

Herr Zimmermann vom Seniorenbeirat führt aus, dass am 14.01.2024 vom Seniorenbeirat eine Frage zu Nachfolgedienstleistungen zum HVV-Hop für über 60-jährige an die Fraktionsvorsitzenden ergangen sein soll. Er ergänzt, dass der Seniorenbeirat mit einem Taxiunternehmen gesprochen habe, welches z.B. Gutscheine annehmen würde. Diese könnten günstig bei der Stadt – mit einer Kostenbeteiligung der Stadt- erworben werden. Er fragt,

wann mit einer Antwort zu rechnen sei und wie die Fraktionen zu dieser Thematik stehen.

Die Fraktionsvorsitzenden erklären, dass sie keine Kenntnis von diesem Schreiben / dieser Fragestellung hätten.

Der Seniorenbeirat stellt klar, dass die Frage im Rahmen der AG Mobilität gestellt wurde. Die Vorsitzende des Seniorenbeirates kündigt an, den Fraktionen die Fragestellung per E-Mail zukommen zu lassen.

Herr Körner möchte klarstellen, dass die Dorfgemeinschaft Ahrensfelde nicht gegen die Feuerwehr arbeitet. Er habe das Gefühl, dass dieser Eindruck entstanden sei. Er hält die Zusammenlegung der Feuerwehrewachen jedoch für eine Fehlentscheidung der Politik zu Lasten von Ahrensfelde und bittet um die Zulassung als sachkundiger Bürger zum Tagesordnungspunkt 12.

Weitere Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/10/2024 vom 18.11.2024

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 5 „Festsetzung der Tagesordnung“.

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/12/2024 vom 16.12.2024

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion erläutert einen Einwand gegen die Niederschrift Nr. HA/12/2024 vom 16.12.2024.

Vorsitzender Levenhagen verliest den schriftlich vorliegenden Einwand von Herrn Dr. Buchholz gegen die Niederschrift. Das Protokoll ist demnach unter Tagesordnungspunkt 5.1 am Ende um folgenden Passus zu ergänzen:

„Herr Dr. Buchholz erklärt, dass er – wie in der vorangegangenen Sitzung – daran festhalte, dass die Verwaltung in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses eine nicht korrekte Aussage getroffen habe, wonach eine Darstellung einer Fläche als Gewerbefläche aus rechtlichen Gründen im Flächennutzungsplan nicht möglich sei. Richtig war und ist vielmehr, dass der Flächennutzungsplan in geänderter Fassung gleichzeitig mit einem Antrag auf Zielabweichung hätte eingereicht werden können.“

Vorsitzender Levenhagen lässt über den Einwand gegen die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür (CDU, SPD, WAB, FDP)
/	dagegen
1	Enthaltung(en) (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Der Niederschrift Nr. HA/12/2024 vom 16.12.2024 wird mit den o.g. Änderungen zugestimmt.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, warum über den Einwand gegen die Niederschrift abgestimmt werden müsse.

Anmerkung der Verwaltung:

Über Einwendungen gegen die Niederschrift hat gemäß § 41 Abs. 2 i.V.m. § 46 Abs. 12 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) der Hauptausschuss zu entscheiden.

- 8. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8.1. Berichte gem. § 45 c GO**
- 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8.2.1. Allgemeiner Bericht**

Herr Grindel (FBL I) stellt den allgemeinen Bericht vor. Dieser wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Es werden Verständnisfragen gestellt und beantwortet.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nichtöffentliche Anlage** beigelegt.

8.2.2. Überlastungsanzeigen

Bürgermeister Boege erklärt, dass im Rahmen einer internen Richtlinie die Ziffer 3.2 der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsanweisung der Stadt Ahrensburg präzisiert wurde. Hiernach ist dem Hauptausschuss über gestellte Überlastungsanzeigen in nächster Sitzung zu berichten.

Bürgermeister Boege möchte dem nachkommen und berichtet über folgende drei Überlastungsanzeigen:

- II.4 im Bereich Unterbringung
- II.4 im Bereich Betreuung von Geflüchteten
- PR-Vorsitzender

8.2.3. Projekt DMS

Herr Grindel (FBL I) berichtet über das Projekt DMS zum Aktenplan und erläutert, dass in diesem Zusammenhang grundsätzliche Fragen zu den Kernprozessen aufgekommen sind und diese nunmehr evaluiert werden.

Dies erfolgt kurzfristig im Rahmen von Workshops mit dem Führungsteam und einer externen Begleitung. Der Hauptausschuss wird anlassbezogen über die Ergebnisse unterrichtet werden.

8.2.4. Prüfung eines Verwendungsnachweises

Bürgermeister Boege berichtet über die Prüfung des Verwendungsnachweises über den der Fraktion SPD im Jahr 2023 gewährten Fraktionszuschuss.

Hierbei haben sich keine Beanstandungen ergeben. Die ordnungsgemäße Verwendung des ausgezahlten Zuschusses ist nachgewiesen worden. Das Prüfungsverfahren ist für abgeschlossen erklärt worden.

8.2.5. Besetzung des Seniorenbeirates

Bürgermeister Boege berichtet über die aktuelle Besetzungssituation im Seniorenbeirat. Ein entsprechender Vermerk wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

8.2.6. Stadtfest und weitere Veranstaltungen 2025

Bürgermeister Boege berichtet über vorliegende und geplante Anträge zu Veranstaltungen in 2025. Ein entsprechender Vermerk wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

8.2.7. neuer Standardtagesordnungspunkt für die Ausschüsse

Bürgermeister Boege berichtet über die Einführung eines neuen Standardtagesordnungspunktes für die Ausschüsse.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den politischen Gremien kommt es unweigerlich vor, dass Berichte, Präsentationen oder Antworten auf Anfragen erst recht zeitnah vor einer Sitzung in Session gestellt werden können.

Teilweise müssen die Antworten kurzfristig ausgearbeitet werden, ggf. weitere Unterlagen (Präsentationen, etc.) vorbereitet werden und die Dokumente intern abgestimmt werden.

Dieser Prozess erfordert insb. auch zeitliche Ressourcen und kann dazu führen, dass die Vorbereitungszeit für die Politiker/-innen vor den Sitzungen knapp werden kann bzw. eine Abstimmung in den Fraktionssitzungen teilweise nicht möglich ist. Nachfragen oder konstruktive Beratschlagungen zu den Ausarbeitungen sind in den Gremien dadurch leider nicht immer wie gewünscht möglich.

Auf Vorschlag des Ältestenrates und nach interner Abstimmung wird daher ab sofort der neue Standardtagesordnungspunkt „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“ in allen Ausschüssen eingeführt.

In diesem Tagesordnungspunkt soll der Politik die Möglichkeit gegeben werden, zu diversen Angelegenheiten und Berichten der vorherigen Sitzung noch einmal Nachfragen stellen zu können (z.B. also zu einer Präsentation).

Der neue Standardtagesordnungspunkt wird sowohl im öffentlichen Teil, als auch im nicht öffentlichen Teil mit aufgenommen. Dadurch wird nicht nur die Möglichkeit geschaffen, dass zu wirklich allen Themen Nachfragen gestellt werden können, sondern auch bewusst noch einmal sensibilisiert, dass Nachfragen zu zuvor nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten i.d.R. auch nichtöffentlich zu stellen sind.

Die Aufnahme der Standardtagesordnungspunkte erfolgt:

- Für die Öffentlichkeit nach dem Tagesordnungspunkt „Einwände gegen die Niederschrift [...]“ und vor dem Tagesordnungspunkt „(Ö) Berichte/Mitteilungen der Verwaltung“
- Für die Nichtöffentlichkeit als ersten nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt, somit vor dem Tagesordnungspunkt „(N) Berichte/Mitteilungen der Verwaltung“

9. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2025

Bürgermeister Stukenberg stellt die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2025 vor.

2025/001

10. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO für die Beschaffung eines TLF 3000 auf dem PSK 12600.0900002-609 für das Haushaltsjahr 2024 (!)

Bürgermeister Boege erläutert, dass es sich bei der Beschaffung des TLF3000 um ein laufendes Vergabeverfahren handelt.

Herr Stephani (Gemeindewehrführer) erläutert, dass sich TLF3000-Fahrzeuge je nach Gemeinde und deren Anforderungen unterscheiden und dadurch beispielsweise über unterschiedliche Fahrgestelle verfügen.

Er führt weiter aus, dass für den TLF3000 für die Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg drei Angebote vorliegen und hiervor 2 als geeignet erscheinen. Bei der Bewertung der Angebote werden die Kriterien der Wirtschaftlichkeit, wie z.B. die Faktoren Preis, Leistung und Lieferzeiten, beachtet.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die überplanmäßige Auszahlung gem. § 82 GO auf dem PSK 12600.0900002-609 für das Haushaltsjahr 2024, Beschaffung eines TLF 3000, in Höhe von bis zu 103.000 € wird genehmigt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben aus dem PSK 12600.0891000, Sammelposten für Vermögengegenstände über 250 € bis 1.000 €, in Höhe von 20.000 €, und bei Bedarf aus dem PSK 61100.4013000, Grundsteuer B, in Höhe von 83.000 €.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2025/002

11. Statusbericht Produkt 12800, „Zivil-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz“

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 5 „Festsetzung der Tagesordnung“.

12. **Anregung aus der Einwohnerversammlung / hier: Verbleib der Feuerwehr Ahrensfelde im Dorfgebiet**

Herr Körner äußert sich zu der Thematik als sachverständiger Bürger.

Er denkt, dass der Grenzänderungsvertrag vorgesehen habe, dass die Feuerwehr im Ort Ahrensfelde bleiben sollte. Er merkt an, dass als Argument für die Zusammenlegung der Wachen, oftmals die nicht ausreichende Tagesverfügbarkeit der Einsatzkräfte angeführt wird. Er betont, dass die Tagesverfügbarkeit durchaus auch in anderen Wachen problematisch sei. Weiterhin argumentiert Herr Körner, dass das Innenministerium die geplante Fläche für die Feuerwehrwache im F-Plan städtebaulich als ungeeignet ansieht.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion merkt hierzu an, dass der Feuerwehrbedarfsplan bereits verabschiedet wurde und bittet den Gemeindeführer um eine fachliche Gegenüberstellung der Position der Feuerwehr gegenüber den Befürchtungen der Ahrensfelder Dorfgemeinschaft.

Herr Stephani erläutert, dass sich die Position der Feuerwehr hierzu nicht geändert habe. Mit der Zusammenlegung erreiche man ein gemeinsames Ausrücken einer Wehr statt vor Ort zwei Wehren koordinieren zu müssen. Die Feuerwehr sei zudem auch in einen Diskurs mit dem Kreis gegangen und man habe die Empfehlung vom Kreis erhalten, die Wachen zusammenzulegen. Bei der Tagesverfügbarkeit können die Wachen für sich allein gesehen nicht ausreichend Personal zur Verfügung stellen. Er sei davon überzeugt, dass dies mit der neuen Wache möglich sein wird.

Der Bürgervorsteher betont, dass er auf die fachlich richtige Bedarfsplanung der Gemeindeführung vertraut. Er bittet darum, dass man sich Gedanken um die Nachnutzung des Gebäudes der Ortswehr Ahrensfelde macht, weil es für die Dorfgemeinschaft sehr wichtig ist und sonst ein Identitätsverlust drohen könnte. Die Dorfgemeinschaft sollte es z.B. weiterhin für das jährliche Tannenbaum verbrennen nutzen können.

Herr Stephani führt aus, dass die Feuerwehr eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt habe und sich darin geschlossen für eine Zusammenlegung der Feuerwehrwachen ausgesprochen wurde.

Herr Körner merkt an, dass er hinsichtlich der neuen Ausrückzeiten eine Aufklärung der Ahrensfelder erwartet.

Bürgermeister Boege führt aus, dass die rechtlich verpflichtenden Hilfsfristen nach dem Feuerwehrbedarfsplan eingehalten werden.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion merkt abschließend an, dass sämtliche Fragen und Bedenken im Rahmen der Bedarfsplanung ausführlich beraten wurden und man der Expertise der Feuerwehr vertraue.

13. Vorstellung des Gesundheitsmanagements

Frau Stockdreher (Gesundheitsmanagerin) stellt sich und das Betriebliche Gesundheitsmanagement vor. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bedankt sich für den Einblick. Für den nächsten Bericht des Gesundheitsmanagements im Hauptausschuss wünscht sie sich, dass auf die in der Präsentation angeführten Ziele konkreter eingegangen wird (z.B. was wird konkret getan um vorzubeugen; wo sieht man sich und wo müsste man sich weiterentwickeln etc.).

Frau Stockdreher führt aus, dass sie sich viele Rückschlüsse aus der psychischen Gefährdungsbeurteilung erhofft. Zudem sei das BEM ein sehr großer Punkt. Hier würden sich die Betroffenen ihr gegenüber öffnen und mitteilen, wo Probleme liegen.

Weitere konkrete Maßnahmen in 2024 waren z.B. Ergonomie-Beratung und die bewegte Pause.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt, ob auch Umfragen zur Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt wurden.

Frau Stockdreher antwortet, dass die Mitarbeiterzufriedenheit ein Bestandteil der Umfrage zur psychischen Gefährdungsbeurteilung sei, welche alle 5 Jahre durchgeführt werden sollte. Bei dieser Umfrage wurde eine Beteiligungsquote von 60% erreicht.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion regt an, nicht nur die Bedingungen im Büro, sondern auch im Homeoffice abzufragen bzw. zu berücksichtigen.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion geht darauf ein, dass die Umfrage auf einer Selbsteinschätzung basiert und fragt, in wie weit diese dann hilft. Zudem hinterfragt er, ob es ggf. verfälschte Ergebnisse geben könnte durch z.B. Mehrfachteilnahme an der Umfrage.

Frau Stockdreher antwortet, dass die Methode ein erprobtes Verfahren darstellt, im Lenkungsgremium wurden Vor- und Nachteile abgewogen. Grundsätzlich wird man die Ergebnisse analysieren und bedarfsgerecht in nachgelagerten Workshops Schwerpunkte detailliert aufarbeiten.

Weiterhin fragen die Ausschussmitglieder nach der Anzahl der geführten BEM-Gespräche.

Frau Stockdreher antwortet, dass sie bisher 65 BEM-Gespräche geführt habe.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion fragt, ob die Kind-krank Krankheitstage mit in der Statistik für die Krankheitstage enthalten sind.

Frau Stockdreher verneint dies.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion bittet um einen Richtwert für die Kind-krank Krankheitstage.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Kindkrank-Tage im Überblick:

2022: 201 Tage

2023: 196 Tage

2024: 202 Tage

Weiterhin bitten die Ausschussmitglieder um einen Richtwert einer bereinigten Statistik (ohne Langzeiterkrankte).

Anmerkung der Verwaltung:

Das Gesundheitsmanagement wird einen Vorschlag erarbeiten und vorstellen.

Herr Bollmann (Personalratsvorsitzender) geht darauf ein, dass die psychische Gefährdungsbeurteilung ein gesetzlicher Auftrag und bereits seit 2014 verpflichtend sei. Er merkt an, dass er eine gesonderte Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit interessant findet.

Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass die Ergebnisse der Umfrage in einer Lenkungsgruppe ausgewertet werden und man diese dann anschließend, in Kooperation mit der Krankenkasse, auch gut mit anderen Organisationen vergleichen könne.

2024/110

14. Organisations- und Stellenangelegenheit - Einrichtung Stabsstelle Digitalisierung

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung nehmen den Vorschlag des Bürgermeisters zur Änderung der Verwaltungsgliederung zur Kenntnis.*
- 2. Im Stellenplan 2025 wird die Stelle „Digitalisierungsmanagement“ in die Stabsstelle „Digitalisierung“ verschoben und mit Entgeltgruppe 12 ausgewiesen.*

Abstimmungsergebnis:

6

1

dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, WAB)

dagegen (FDP)

**15. Förderung der Städtepartnerschaften
- Benennung der Beauftragten**

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 5 „Festsetzung der Tagesordnung“.

16. Fundtiervergütung für den Tierschutz Ahrensburg-Großhansdorf e. V.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt, ob die anderen Gemeinden die Fundtierpauschale - in gleicher Höhe wie Ahrensburg - bezahlen.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Fundtierpauschale dank des großen ehrenamtlichen Einsatzes nach wie vor günstig sei. Er spricht dem Verein Tierschutz Ahrensburg-Großhansdorf e.V. seinen Dank aus.

Anmerkung der Verwaltung:

Um eine Erhöhung auf 1,00 € je Einwohner wurden alle Gemeinden gebeten. Ob die Erhöhung akzeptiert wird, hängt von der Entscheidung der dortigen politischen Gremien ab.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Erhöhung der Fundtierpauschale von 0,40 € auf 1,00 € pro Einwohner für den Verein Tierschutz Ahrensburg-Großhansdorf e. V. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

**17. Erlass der Haushaltssatzung 2025
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2025**

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man alle neuen Stellen durchgeht. Die Ausschussmitglieder erklären sich einverstanden.

Produktbereich 11120; Stellenplannr. 4; 1,0 VZÄ; EG9c

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass diese Flex-Stelle notwendig ist, weil sie eine unbefristete Einstellung ermöglicht. Für befristete Stellen sei es kaum mehr möglich Personal zu finden. Im Gegensatz zu „Springerstellen“ soll die Stelle eher länger einzelnen Bereichen zugeordnet werden, z.B. um Elternzeiten zu überbrücken.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt warum die Stelle mit EG9c ausgewiesen wird.

Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass es sich dabei um das Einstiegsamt für die gehobene Sachbearbeitung handelt und somit der unterste Rand für die gesuchte Qualifikationsstufe sei. Ggf. könnten sich auch weitere Ansprüche auf Zulagen ergeben. Für diese Qualifikationsstufe sei der Abschluss des Angestelltenlehrgangs II oder ein Bachelorabschluss zwingend erforderlich. Er merkt an, dass die Flex-Stelle zunächst für den Bereich II.4 eingeplant sei und in diesem Sachgebiet i.d.R. eine EG9c üblich sei.

Vorsitzender Levenhagen von der CDU-Fraktion fragt in welchen Bereichen der Verwaltung besonders viele Überstunden bestehen.

Herr Grindel (FBL I) erklärt, dass in der gesamten Verwaltung regelmäßig Kollegen/innen an der Kappungsgrenze angelangen.

Herr Bollmann (Personalrat) bestätigt, dass insbesondere im Fachdienst II.4 Soziale Hilfen eine Vielzahl der Kollegen/innen an der Kappungsgrenze angelangt seien.

Produktbereich 11170; Stellenplannr. 10; 0,5 VZÄ; EG5

Herr Bollmann (Personalrat) weist darauf hin, dass er diese Stelle bereits zum dritten Mal in Folge beantragt habe. Er begründet dies damit, dass das Volumen der Arbeit im Personalrat sehr zugenommen habe und auch das Personal stetig wachse.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Vorlage 2024/085 zur Stellenplannr. 10 muss es zum 7. Spiegelstrich richtigerweise lauten: „Mitwirkung bei der Auswertung mitbestimmungspflichtiger Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Tätigkeitsbericht des Personalrates“

Produktbereich 11120; Stellenplannr. 43; 1,0 VZÄ; EG9c

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass die Kollegen kürzlich persönlich im Hauptausschuss waren und die Situation im Personalamt dargelegt haben.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, was die Stelle konkret machen soll.

Herr Grindel (FBL I) antwortet, dass die Stelle für das Personal-Recruiting zuständig sein soll und damit für die Besetzungsverfahren von A-Z.

Bürgermeister Boege fügt hinzu, dass in 2024 bereits 50 Stellenbesetzungsverfahren erfolgreich durchgeführt wurden und man nach wie vor offene Stellen zu besetzen habe und mit der aktuellen Kapazität entsprechend beschränkt sei. Man habe bereits die internen Prozesse verändert und auch eine hilfreiche Software für die Vorauswahl eingeführt und somit alle verwaltungsseitigen Möglichkeiten ausgeschöpft. Man sei jetzt an einem Punkt, wo die eingeworbene Stelle nachweislich notwendig ist.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion fragt, wofür die dann freiwerdenden Kapazitäten beim jetzigen Personalmanager genutzt werden sollen.

Herr Grindel (FBL I) führt aus, dass die Stelle des Personalmanagers mit einer EG11 bewertet sei und dieser auch konzeptionelle Arbeit machen soll – zu der er derzeit gar nicht kommt.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass die Verfahren heutzutage immer aufwendiger werden und die Personalbindung auch Zeit brauche. Sie signalisiert die Unterstützung ihrer Fraktion für diese Stelle.

Frau Makdissi (Gleichstellungsbeauftragte) erklärt, dass die Besetzungsverfahren i.d.R. eine sehr gründliche Prüfung der Bewerbervoraussetzungen bedürfen. Zudem sei der Bewerbungsmanager ständig unter Druck, weil die Personalnot in allen Fachdiensten entsprechend hoch sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die abschließende Stellenbewertung kommt zum Ergebnis, dass die Stelle mit der Entgeltgruppe 9b (d.h. eine EG niedriger) zu bewerten ist. Dies wird in der Ergänzungsvorlage entsprechend berücksichtigt.

Produktbereich 11118; Stellenplannr. 78; 1,0 VZÄ; EG11

Herr Grindel (FBL I) und Frau Ahlers (I.6) erklären, dass die Verwaltung eine 1,0 EG 11 beantragt, um in der Stadtverwaltung das Thema „Prozessmanagement“ zu etablieren. Hierbei handelt es sich um eine originäre Aufgabe einer Organisationsabteilung, die aufgrund von Personalmangel bisher nicht wahrgenommen werden kann.

Anmerkung der Verwaltung:

Prozessmanagement bezeichnet die systematische Analyse, Gestaltung, Überwachung und Optimierung von Geschäftsprozessen, um die Effizienz und Effektivität einer Organisation zu verbessern. Mittelbar bildet es die Grundlage und unterstützt die Digitalisierung der vielfältigen Leistungsprozesse der Verwaltung. Im Ergebnis soll die Organisation gestärkt

und als agiles Team Themen wie z.B. Prozessmanagement, Projektmanagement, Organisationsentwicklung vorantreiben, die hierfür notwendigen Methodenkenntnisse vorhalten und innovative Konzepte entwickeln/umsetzen.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion merkt an, dass die Kosten von mehreren 100.000€ für externe Begleitung, die Verschiebung der Stelle Digitalisierung in die Stabsstelle und nunmehr noch eine weitere eingeworbene Stelle für die FDP-Fraktion überhandnehmen würden.

Bürgermeister Boege erklärt, dass die Verwaltung mehr als 20 Fachdienste habe und man im Bereich Digitalisierung eine Liste erstellt habe mit über 500 Leistungen. Die dazugehörigen Prozesse müssten kontinuierlich angesehen und geprüft werden. Die externe Begleitung hingegen soll nicht dauerhaft erfolgen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass ihm die Stellenplannr. 78 wie die Stelle der Digitalisierungsmanagerin erscheint und fragt, wer das Changemanagement macht.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion hinterfragt, ob hier auch auf lange Sicht eine Vollzeitstelle gerechtfertigt ist. Er bittet um eine plausible Gegendarstellung im Rahmen des Protokolls.

Anmerkung der Verwaltung:

Prozessmanagement bezeichnet die systematische Analyse, Gestaltung, Überwachung und Optimierung von Geschäftsprozessen, um die Effizienz und Effektivität einer Organisation zu verbessern. Mittelbar bildet es die Grundlage und unterstützt die Digitalisierung der vielfältigen Leistungsprozesse der Verwaltung. Im Ergebnis soll die Organisation gestärkt und als agiles Team Themen wie z.B. Prozessmanagement, Projektmanagement, Organisationsentwicklung vorantreiben, die hierfür notwendigen Methodenkenntnisse vorhalten und innovative Konzepte entwickeln/umsetzen. Dieses sind Daueraufgaben einer Organisationsabteilung, die mit entsprechendem Personal hinterlegt werden müssen.

Funktionierende effiziente Prozesse sind eine wichtige Voraussetzung, um der zunehmenden Komplexität in der Arbeitswelt und dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Bürgervorsteher Stukenberg geht darauf ein, wie wichtig es ist, sich zunächst die Prozesse anzusehen damit keine schlechten Prozesse digitalisiert werden. Er bittet um eine Darstellung, welche von den genannten 500 Leistungen als Standard vorhanden sind und welche nicht.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine entsprechende Übersicht hat die Stadt bereits bei den zuständigen Stellen eingefordert. Aktuell kann diese jedoch nicht zur Verfügung gestellt werden.

Produktbereich 12210; Stellenplannr. 100; 1,0 VZÄ; EG 9c

Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass die Vorlage fehlerhaft ist und in der Ergänzungs-/1-Vorlage korrigiert wird.

Die Ausschussmitglieder fragen, ob die Anzahl der Verkehrsverstöße die Stundenaufstockung rechtfertigen.

Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass es sich bei der Stelle derzeit um eine 0,78 EG 8 handelt. Mit Stellenplan 2025 beantragt die Verwaltung zusätzlich 0,22 Stellen und aufgrund einer Anpassung der Aufgaben eine höhere Bewertung: EG 9a. Im Ergebnis ergibt sich dann eine 1,0 EG 9a.

Er begründet dies damit, dass die Aufgaben bereits jetzt eine Stelle im Umfang von 1,0 rechtfertigen. Die Differenz wird aktuell durch andere freie Stellenanteile gedeckt. Dies soll korrigiert werden.

Produktbereich 31100; Stellenplannr. 115; 1 VZÄ; EG 9c

Herr Grindel (FBL I) begründet das Stellenerfordernis mit dem wachsenden Zustrom und den gestiegenen Fallzahlen im Wohngeldbereich durch einen gesetzlichen Anspruch.

Bürgermeister Boege fügt hinzu, dass man in diesem Bereich theoretisch bereits zwei neue Stelle einwerben müsste.

Produktbereich 35110; Stellenplannr. 119; 0,5 VZÄ; EG9a

Bürgermeister Boege begründet das Stellenerfordernis mit der Vervielfachung der Unterbringung.

Produktbereich 35110; Stellenplannr. 120; 0,26VZÄ; EG S 12

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen / Anmerkungen.

Produktbereich 24300; Stellenplannr. 146; 1 VZÄ; EG10

Frau Eicher (FBL III) erläutert, dass 78 Maßnahmen im Sportförderungsplan verankert seien und eine Neufassung der Sportförderrichtlinien zwingend erforderlich sei. Zudem stehe der Fachdienst bereits vor einem Generationswechsel und eine „gute Übergabe“ beim Sport sei notwendig.

Produktbereich 52100; Stellenplannr. 204; 1 VZÄ; EG11

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen / Anmerkungen.

Produktbereich 11155; Stellenplannr. 235, 1 VZÄ; EG 9a

Bürgermeister Boege erklärt, dass man über 100 Liegenschaften habe und hierfür einmalige und laufende Unterhaltsmaßnahmen anfallen. Die dafür vorhandene Software sei ein wichtiges Tool um bestehende und künftige Prozesse noch effektiver zu gestalten.

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion argumentiert, dass er hier nur eine zeitliche Notwendigkeit für eine Vollzeitstelle sehe und lediglich für Stundenanteile eine Dauerhaftigkeit gesehen wird.

Bürgermeister Boege argumentiert, dass die Dauerhaftigkeit der Stelle gesehen wird, weil sich der Gebäudestand dauerhaft ändert.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion hält die Pflege der Software

für äußert wichtig im Hinblick auf vorausschauende Wartungen.

Produktbereich 11155; Stellenplannr. 236 und 237; je 1,0 VZÄ; EG 7

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob es angemessen ist diese Stellen als Schulhausmeisterstellen zu betreiben, wenn 90% der Arbeitszeit im Rathaus abgeleistet werden.

Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass die Hausmeister somit flexibel einsetzbar wären für die Liegenschaften. Zudem mache die interne Konkurrenz es schwierig die Stellen im Rathaus zu besetzen.

Es wird nachgefragt, ob die Rathaushausmeister rein rechtlich trotzdem an der Schule aushelfen dürften, wenn deren Stelle nicht als Schulhausmeisterstelle ausgewiesen ist. Herr Grindel (FBL I) antwortet, dass dies nur auf freiwilliger Basis möglich sei, dies jedoch bei einer Ausweisung als Schulhausmeisterstelle angeordnet werden kann. Im Falle eines entsprechenden Einsatzes ergäbe sich unter Umständen ein Anspruch auf Zahlung einer Zulage.

Produktbereich 56100; Stellenplannr. 247; 0,5 VZÄ; EG11

Herr Grindel (FBL I) erläutert, dass hier im Ergebnis eine 0,75 VZÄ Stelle entstehen würde durch die freien Stundenanteile der Klimaschutzmanagerin.

Produktbereich 12600; Stellenplannr. 255; 1,0 VZÄ; EG7

Herr Stephani (Gemeindeführer) erklärt, dass in der Vergangenheit viel Aufgaben liegen geblieben seien und sich der Einsatz eines Hausmeisters bei der Feuerwehr sehr bewährt habe. Die Hausmeisteranteile der Gerätewarte konnten gebündelt auf den Hausmeister übertragen werden und somit mehr Kapazitäten für die Geräte schaffen.

Produktbereich 36505, Stellenplannr. 287; 0,5 VZÄ + 310; 1,0 VZÄ; EG S8b

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob es die Fördermittel noch gibt und welche Auswirkungen die Aufhebung auf den kw-Vermerk habe.

Es wird geantwortet, dass man sie Sprachförderung unabhängig von Förderungen etablieren möchte.

Produktbereich 36505, Stellenplannr. 315, 0,8 VZÄ; EG S 8a

Frau Eicher (FBL III) erläutert, dass sich die Gruppenstruktur in der Kita geändert habe und sich dadurch ein höherer Personalaufwand ergäbe. Die Erhöhung um 0,8 VZÄ sei notwendig, damit der „Stellenpuffer“ in der Kita Schäferweg wieder in Gänze zur Verfügung steht. Dieser „Stellenpuffer“ wurde geschaffen, um Vakanzen in der Einrichtung aufzufangen und wird derzeit für den erhöhten Personalaufwand durch die geänderte Gruppenstruktur genutzt.

Bürgermeister Boege weist darauf hin, dass diese Veränderung kostenneutral sei, weil die Personalkosten über den SQKM-Satz abgegolten werden.

Produktbereich 27100; Stellenplannr. 335 + 342 + 345; Lehrkräfte Volkshochschule

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt, ob eine Befristung möglich sei.

Herr Grindel (FBL I) antwortet, dass eine Befristung nur bei befristeten Aufgaben möglich sei und es sich hierbei um dauerhafte Aufgaben handelt. Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion hinterfragt, warum man die Aufgaben als dauerhaft ansieht. Er denkt, dass man durchaus eine Befristung rechtfertigen könne.

Frau Eicher (FBL III) erläutert, dass davon auszugehen ist, dass die Bedarfe in diesem Bereich nicht nachlassen. Sie geht hier von keiner kurz- bzw. mittelfristigen Zeitspanne aus.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass es schwierig werden würde diese Fachkräfte innerhalb der Verwaltung anderweitig unterzubringen.

Die CDU-Fraktion neige zu einer befristeten Stelle. Die Möglichkeiten von befristeten Einstellungen sollen im Protokoll darlegt werden.

Frau Eicher (FBL III) merkt hier an, dass es auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer sei, befristete Stellen zu besetzen.

Anmerkung der Verwaltung:

Befristung mit Sachgrund ist nicht möglich

Durch die dauerhaft wiederkehrenden Kurse besteht ein Bedarf an dauerhafter Arbeitsleistung. Ein begründbarer, vorübergehender Grund zur Befristung ist nicht angezeigt.

Eine Befristung mit Sachgrund wäre hier nur gegeben, wenn bereits zum Vertragsabschluss ausgeschlossen wäre, dass die Erledigung der Aufgabe über den Befristungszeitraum hinaus weitergeführt würde.

Sachgrundlose Befristung ist rechtlich möglich

Für befristete Einstellungen gäbe es ausschließlich die sachgrundlose Befristung, die auf max. 2 Jahre angelegt sein darf. Das heißt anschließend würde der Vertrag auslaufen oder ein unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet.

Eine sachgrundlose Befristung ist nur möglich, wenn ein etwaiges vorheriges Arbeitsverhältnis mehr als drei Jahre zurückliegt. Dabei kann innerhalb der Gesamtdauer von zwei Jahren der Vertrag höchstens drei Mal verlängert werden.

In der Praxis erweist sich die Besetzung von befristeten Stellen als sehr schwierig.

18. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

Ausschussmitglied Bellizzi von der FDP-Fraktion hat die Antworten zur Anfrage AF/2025/005 „kurz überflogen“ und wird ggf. im Nachgang hierzu weitere Fragen stellen.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion schlägt vor, den Tagesordnungspunkt aufgrund der vorangeschrittenen Zeit nicht weiter zu beraten und direkt in den nichtöffentlichen Teil überzugehen. Bürgermeister Boege bittet darum, zunächst Frau Ahlers (I.6) und Herrn Trowski (I.3) Gehör zu schenken.

Frau Ahlers (I.6) und Herr Trowski (I.3.) erläutern einige Hintergründe zu Haushaltsposten und es werden Verständnisfragen gestellt.

Um 22.25 Uhr werden weitere Beratungen zum Haushalt aufgrund der vorangeschrittenen Zeit abgebrochen.

19. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Es werden keine Anfragen / Anregungen gestellt.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:27 Uhr.

gez. Detlef Levenhagen
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin